

## **Stadt Bramsche**

### **Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt vom 24.05.2012 Ratssaal, Hasestr. 11, 49565 Bramsche**

#### **Anwesend:**

##### **Vorsitzender**

Herr Heiner Pahlmann

##### **Mitglieder SPD-Fraktion**

Herr Ralf Bergander

Herr Lars Rehling

Herr Markus Wahlers

Vertreter für Schulze, Volker

##### **Mitglieder CDU-Fraktion**

Herr Heiner Hundeling

Herr Andreas Quebbemann

##### **Mitgl. Frakt. B 90/DieGrünen**

Herr Dieter Sieksmeyer

bis TOP 10

Frau Annette Specht

Frau Dagmar Völkemann

Vertreterin für Sieksmeyer Dieter zu TOP 10

##### **Mitglied FDP-Ballmann Fraktion**

Herr Werner Ballmann

Vertreter für Rothert, Ernst-August

##### **Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG**

Frau Ingrid Bühning

Herr Peter Furmanek

##### **Gäste**

Herr Wolfgang Kirchner

##### **Verwaltung**

Herr LSBD Hartmut Greife

Frau BGM'in Liesel Höltermann

Herr Wolfgang Tangemann

##### **Protokollführer**

Herr Johannes Fünzig

#### **Abwesend:**

##### **Mitglieder SPD-Fraktion**

Herr Volker Schulze

##### **Mitglieder CDU-Fraktion**

Herr Ernst-August Rothert

##### **Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG**

Herr Werner Hagemann

Beginn: 18:00 Ende: 20:03

**Tagesordnung:**

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2012
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 20. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) WP 11-16/057  
- Ortsteil Engter  
- Feststellungsbeschluss  
Bezug: Vorlagen Nr. 595/WP 06-11 und Nr. 732/WP 06-11
- 6 Bebauungsplan Nr. 145 "Industriegebiet westlich der L 78", mit örtlichen Bauvorschriften - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) WP 11-16/069  
Bezug: Vorlagen Nr. 594 / WP 06-11 und Nr. 731 / WP 06-11
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Informationen
- 9 Anfragen und Anregungen

**TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Pahlmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung**

TOP 9 „Einwohnerfragestunde“ wird nach TOP 7 vorgeschoben. Die ursprünglichen Tagesordnungspunkte TOP 7 und TOP 8 verschieben sich entsprechend um einen Tagesordnungspunkt nach hinten.

**TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2012**

RM Quebbemann teilt mit, dass er unter dem Tagesordnungspunkt 18 in der Sitzung am 08.03.2012 ergänzend darauf hingewiesen hat, dass die entsprechenden Unterlagen recht-

zeitig bei der Verwaltung und der Bürgermeisterin eingegangen sind. Er bittet, dieses noch in der Niederschrift zur o.g. Sitzung zu ergänzen.

Vorsitzender Pahlmann stellt fest, dass das Protokoll mit der eingefügten Änderung genehmigt ist.

#### **TOP 4      Einwohnerfragestunde**

Herr Kreyenhagen stellt für die Bürgerinitiative Engter (BI) deren Position zum Bebauungsplan Nr. 145 dar. Seitens der BI wird ein weiteres Industriegebiet in Engter abgelehnt. Der Ausweisung eines Gewerbegebietes steht die BI nicht ablehnend gegenüber. Nach Darstellung der Verwaltung ist eine Ausweisung als Industriegebiet (GI-Gebiet) deshalb notwendig, weil Anliegern bei zukünftigen Planungen die Ausweisung weiterer GI-Gebiete in ihrem Umfeld schwer vermittelt werden kann, wenn bei gleichen oder ähnlichen Voraussetzungen in Engter ein GI-Gebiet abgelehnt wird. Diese Auffassung der Verwaltung teilt die BI nicht, da es in Engter bereits ein GI-Gebiet gibt.

In diesem Zusammenhang stellt Herr Kreyenhagen die Frage, ob es seitens der Verwaltung bereits konkrete Überlegungen zur Ausweisung weiterer GI-Gebiete im Stadtgebiet gibt.

LSBD Greife bestätigt, dass das Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Überlegungen für die Weiterentwicklung gewerblicher Flächen beispielsweise im Umfeld der Bundesautobahn enthält.

#### **TOP 5      20. Änderung des Flächennutzungsplanes      WP 11-16/057 (FNP) - Ortsteil Engter - Feststellungsbeschluss Bezug: Vorlagen Nr. 595/WP 06-11 und Nr. 732/WP 06-11**

Vorsitzender Pahlmann lässt die Vorlage WP 11-16/057 zur 20. Änderung des Flächennutzungsplanes im TOP 5 gemeinsam mit der Vorlage WP 11-16/069 des TOP 6 beraten.

LSBD Greife geht in seinen Erläuterung zunächst auf die Vorlage WP 11-16/057 zur 20. Flächennutzungsplanänderung ein. Der Flächennutzungsplan differenziert nicht zwischen GE- und GI-Gebieten. Er stellt lediglich ein G für „Gewerbliche Entwicklung“ dar. Die eingegangenen Stellungnahmen zur FNP-Änderung stimmen im wesentlichen mit den Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 145 überein. Der Bebauungsplan trifft detaillierte Regelungen als Ergebnis eines langen Planungsprozesses. LSBD Greife weist darauf hin, dass im Jahre 2010 der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 145 gefasst wurde, da man sich zwischen den großen Fraktionen einig war, hier ein eingeschränktes Industriegebiet (Gle) als Erweiterung des vorhandenen Gebietes östlich der L 78 einzuplanen. In seinen weiteren Ausführungen geht er nochmals auf die einzelnen Verfahrensschritte zum Bauleitplanverfahren ein. Die Verwaltung schlägt weiterhin die Ausweisung eines eingeschränkten GI-Gebietes vor. In diesem Zusammenhang hebt LSBD Greife die Unterschiede zwischen einem Gewerbegebiet und einem Industriegebiet hervor. Er gibt zu bedenken, dass sich einige Betriebe beim Kauf eines Gewerbegrundstückes gleichzeitig Erweiterungsflächen sichern, die erst 5 oder 10 Jahre später einer Nutzung zugeführt werden. In der EU und in Deutschland hat es in den vergangenen Jahren eine massive Verschärfung des Umweltrechtes ge-

geben. Viele Betriebe haben daher Sorgen, dass sie mögliche Erweiterungen in 5 oder 10 Jahren durch verschärfte Umweltauflagen in einem Gewerbegebiet nicht mehr umsetzen können. Um den Schutzanspruch der Anlieger sicherzustellen, setzt der Bebauungsplan Nr. 145 mit 66 dB nachts und 51 dB tags ein wesentlich niedrigeres Immissionskontingent fest als auf den Hauptflächen des Bebauungsplanes Nr. 99 östlich der L 78 mit 74 dB tags und 60 dB nachts.

Da die Stadt Bramsche in unmittelbarer Konkurrenz zu anderen Kommunen steht, sind zur Verbesserung der Einnahmesituation als weitere Punkte Vermarktungsaspekte zu berücksichtigen. Als zusätzliche Sicherung schlägt die Verwaltung zum Einen die Festsetzung als eingeschränktes Industriegebiet vor. Die zweite Sicherung besteht darin, dass die Stadt Bramsche als Eigentümerin der Flächen durch den Verkauf die Ansiedlung von Betrieben steuern kann. Die Entscheidung über den Verkauf eines Grundstückes trifft nicht die Verwaltung sondern die Politik. Für den Fall des Weiterverkaufs eines Grundstückes könnte die Stadt als weitere Sicherung überlegen, ein Vorkaufsrecht per Grunddienstbarkeit eintragen zu lassen.

Des Weiteren ist im letzten Jahr nochmals die mögliche Zunahme der Verkehrsbelastung durch das geplante Industriegebiet berechnet worden. Die Berechnung hat an zwei Häusern im näheren Umfeld zu geringen Zunahmen des Schallpegels von 0,3 bzw. 0,6 dB geführt.

Abschließend geht LSBD Greife auf die Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft und auf die vorliegenden Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Privater aus der Vorlage WP 11-16/069 ein.

RM Quebbemann weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion immer ein von den Festsetzungen eingeschränktes Industriegebiet gemeint hat, wenn in der Vergangenheit von einem Industriegebiet gesprochen wurde, um stark emittierende Betriebe zu verhindern. Es gibt aber durchaus industriell arbeitende Unternehmen wie beispielsweise die von LSBD Greife genannte Fa. Heywinkel, die auch in einem GE-Gebiet möglich wäre. Ob GI- oder GE-Gebiet, entscheidend für die Anwohner und die Betriebe sind die festgesetzten Einschränkungen. Die neue Mehrheitsgruppe der CDU, FDP, Grüne und Werner Ballmann hat sich daher in vielen Gesprächen und Sitzungen mit der Verwaltung auf Emissionsgrenzen geeinigt, die aus Sicht der Mehrheitsgruppe den Schutzinteressen der Anlieger genüge tun, gleichzeitig aber auch eine gewerbliche Entwicklung ermöglichen. Was diesbezüglich in der Vorlage zu finden ist, kann von der neuen Mehrheitsgruppe mitgetragen werden. In diesem Zusammenhang hebt RM Quebbemann auch das von LSBD Greife erwähnte zusätzliche Sicherheitsnetz, wie die Steuerungsmöglichkeit der Politik durch den Grundstücksverkauf und die Einrichtung eines Vorkaufsrechtes hervor. Die CDU hat sich im Kommunalwahlkampf in keinem Programm und in keiner Äußerung auf ein Industriegebiet festgelegt. Die entscheidende Frage besteht darin, ob die Stadt ausreichend Gewerbegrundstücke vorhalten kann. Hierzu bedarf es aus Sicht der CDU nicht zwingend eines Industriegebietes.

RM Bergander erinnert daran, dass die CDU-Fraktion vor der Kommunalwahl eindeutig allen Vorlagen zum Bebauungsplan Nr. 145 zugestimmt hat. Durch die Ausweisung als Gewerbegebiet wird sich aus seiner Sicht die Planung inhaltlich nicht ändern. Zu den frei gewordenen Flächen der britischen Streitkräfte im Oberzentrum Osnabrück benötigt der Wirtschaftsstandort Bramsche so etwas wie ein Alleinstellungsmerkmal. Die Ausweisung eines eingeschränkten Industriegebietes in Engter ist aus Sicht der SPD-Fraktion daher der einzig richtige Weg, um gegenüber dem Niedersachsenpark und der Stadt Osnabrück als Oberzentrum langfristig konkurrenzfähig zu bleiben.

RM Ballmann betont, dass der Schutz des Menschen hier im Vordergrund steht. Die Mehrheitsgruppe hat diese Schutzwürdigkeit mit der Stadtverwaltung diskutiert und sich dann auf diese neuen Werte, die man im Industriegebiet für Schall und Staubschutz setzt, geeinigt.

RM Ballmann spricht sich gegen die Ausweisung eines Industriegebietes, jedoch für die Ansiedlung von Gewerbe an dem Standort in Engter aus. Dementsprechend stimmt er der Ausweisung eines Gewerbegebietes zu.

LSBD Greife widerspricht der Aussage von RM Ballmann, dass aufgrund der Gespräche zwischen der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe Emissionswerte geändert wurden. Die Festsetzung der Emissionskontingente von 66 dB Tags und 51 dB Nachts waren bereits Grundlage des Entwurfs 2010.

RM Sieksmeyer hebt hervor, dass er als Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu jedem Zeitpunkt seine Bedenken gegen diese Planung geäußert hat. Er freut sich, dass die Bedenkenträger in der Mehrheit sind und es nicht zur Umsetzung dieser Planung kommen wird. Seitens der Grünen sollten künftig generell erhöhte Anforderungen an Betriebe bezüglich Staub-, Lärm- und Geruchsemissionen gestellt werden, damit sie sich auch in Gewerbegebieten ansiedeln können. Er sieht einer Vermarktung der Grundstücke in einem zukünftigen Gewerbegebiet positiv entgegen, auch wenn diese einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

RM Wahlers äußert seine Bedenken, dass sich die Gewerbegrundstücke bei einer Ausweisung als Gewerbegebiet nicht so vermarkten lassen wie Gewerbegrundstücke in einem Industriegebiet. Durch die Verzögerung des Bauleitplanverfahrens entstehen der Stadt zusätzliche Kosten.

RM Specht spricht sich für die Ausweisung als Gewerbegebiet aus. In diesem Zusammenhang hebt sie die gute Verkehrsanbindung und die deutlich niedrigeren Grundstückspreise hervor. Sie äußert sich optimistisch darüber, dass sich Gewerbe und Industrie zukünftig technisch so weiter entwickeln, dass sie den Anforderungen an schärfere Gesetzgebung standhalten.

Nach Mitteilung von RM Quebbemann wird der Vorlage Nr. WP 11-16/069 seitens der neuen Mehrheit nicht zugestimmt. Er bittet die Verwaltung den Beschluss so zu formulieren, dass baurechtlich eine Neuauslegung des Entwurfs erforderlich ist, mit der Intention, die Festsetzung auf GE zu ändern und die sonstigen Festsetzungen, was die Emissionskontingente angeht, so zu belassen.

RM Ballmann weist darauf hin, dass die Ortsbezeichnung „Im Masch“ nicht mit der Bezeichnung „Vullbrock´s Esch“ vor Ort übereinstimmt.

LSBD Greife entgegnet dazu, der gekennzeichnete Geltungsbereich im Plan für die Abgrenzung des Plangebietes maßgeblich ist. Darüber hinaus stimmt die Ortsbezeichnung „Im Masch“ mit dem Verzeichnis über die Straßenbenennung überein. Sollte das Straßenschild in dem besagten Bereich falsch sein, muss dies ausgetauscht werden.

Vorsitzender Pahlmann lässt über die Vorlage WP 11-16/057 zur 20. Änderung des Flächennutzungsplanes abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch  
(BauGB)  
Bezug: Vorlagen Nr. 594 / WP 06-11 und Nr. 731  
/ WP 06-11**

Die Vorlage WP 11-16/069 wurde gemeinsam mit der Vorlage WP 11-16/057 unter TOP 5 beraten.

Vorsitzender Pahlmann lässt über die Vorlage WP 11-16/069 Bebauungsplan Nr. 145 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen  
5 Gegenstimmen

Damit wird der Vorlage nicht zugestimmt. Die Festsetzung eines eingeschränkten Industriegebietes (Gle) im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 145 wird abgelehnt. Der Bebauungsplan Nr. 145 ist zu überarbeiten und unter Beibehaltung der übrigen Festsetzungen als eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) dem Fachausschuss zur Beratung über eine erneute öffentliche Auslegung vorzulegen.

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Herr Kocher teilt seine Bedenken mit zu der Äußerung von RM Quebbemann, dass nur die Politik bestimmt, welcher Betrieb in das Gewerbegebiet kommt. Die Politiker sollten sich darüber einigen, dass hier mehrere Experten gefragt werden, wenn sich ein Betrieb dort ansiedeln will. Bezüglich des Verkehrs sollte man sich mit der Straßenbehörde einigen, die Mautsparer von der Landesstraße herunter zu bekommen.

RM Quebbemann möchte auf den Wortbeitrag von Herrn Kocher unmittelbar antworten.

Vorsitzender Pahlmann erteilt RM Quebbemann zunächst nicht das Wort, da im Rahmen der Einwohnerfragestunde erst die Einwohner die Möglichkeit erhalten sollen, sich zu äußern.

Herr Witt geht davon aus, dass die 20. Flächennutzungsplanänderung nicht für die nächsten 100 Jahre festgelegt ist und stellt die Frage, ob eine Änderung der Festsetzung als Gewerbegebiet in ein Industriegebiet möglich ist, sollten sich die Grundstücke in den nächsten Jahren nicht vermarkten lassen.

LSBD Greife bestätigt, dass ein Bebauungsplan mit der Mehrheit des Rates geändert werden kann. Falls allerdings bereits einige Baugrundstücke veräußert wurden, gibt er zu Bedenken, dass dabei die Schutzansprüche der Grundstückseigentümer zu berücksichtigen sind, die ihr Grundstück unter dem Aspekt eines Gewerbegebietes gekauft haben. Dieses Problem stellt sich nicht, wenn bis dahin keine Baugrundstücke vermarktet sind.

Vorsitzender Pahlmann schlägt vor, erst die Fragen der Einwohner zu sammeln. Wenn von den Ratsmitgliedern dann noch Fragen zu beantworten sind, kann dieses gebündelt erfolgen.

Frau Lamla fragt nach dem Ergebnis der letzten Verkehrszählung.

LSBD Greife teilt hierzu mit, dass das Ergebnis noch nicht vorliegt.

Als nächstes stellt Frau Lamla die Frage, ob die Freifläche nördlich des geplanten Gebietes neben dem Pohlmann-Silo schon als Gewerbegebiet ausgewiesen ist.

Hierzu antwortet LSBD Greife, dass diese Flächen insgesamt von der Fa. Pohlmann belegt sind und dort keine Freiflächen mehr zur Verfügung stehen.

Herr Dombre regt an, die Verkehrsbelastung auf der L 78 morgens in der Zeit zwischen 6:30 Uhr und 7:30 Uhr aufzunehmen, wenn die Schulbusse fahren. Nach seiner Einschätzung hält sich kaum jemand an die Geschwindigkeitsbegrenzung innerhalb der Ortsdurchfahrt Engter.

LSBD Greife teilt mit, dass der Stadt die Verkehrsverhältnisse auf der L 78 insbesondere in der Ortsdurchfahrt Engter bekannt sind. Bei der neuesten Zählung wurden die Verkehrszahlen und Geschwindigkeiten erfasst. Wenn die Ergebnisse hierzu vorliegen, wird die Verwaltung erneut das Gespräch mit der Straßenbauverwaltung suchen. Der Stadt obliegt jedoch nicht die Entscheidung darüber, wie die Straße qualifiziert wird. Die Stadt hat schon häufig darauf gedrängt, dass die Bedarfsumleitung für die Autobahn auf der L 78 geändert wird. Dieses wurde von der Straßenbauverwaltung bislang abgelehnt. Sobald das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung vorliegt, sollte sich der Ausschuss nochmals mit diesem Thema befassen.

Herr Dombre merkt hierzu den Kreisel in Ueffeln als Beispiel für eine Geschwindigkeitsreduzierung an.

LSBD Greife weist darauf hin, dass im Zuge der Dorferneuerung Engter auf der L 78 eine Querungshilfe eingebaut wurde. Eine von der Stadt im Zuge der Dorferneuerung gewünschte Einengung der L 78 wurde von der Straßenbauverwaltung abgelehnt. Der Kreisel in Ueffeln ist ein Ergebnis der Dorferneuerung, weil im Rahmen der Dorferneuerung dort die alte Kreisstraße abgehängt wurde.

Eine Einwohnerin fragt an, ob bei den Gewerbesteuererträgen zwischen Gewerbe- und Industriegebieten Unterschiede bestehen.

LSBD Greife antwortet darauf mit Nein. Die Einnahmen resultieren aus den erwirtschafteten Gewinnen der Betriebe.

Herr Kreyenhagen äußert sich nochmals zur Verkehrsproblematik. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Verkehrszunahme durch die Anwohner an der L 78 nicht wahrgenommen wird.

Nach Mitteilung von LSBD Greife hat die Erhebung des Verkehrs und die Prognose ergeben, dass es durch die Verkehrserhöhung an zwei Häusern zu Erhöhungen des Verkehrslärmes um 0,3 und 0,6 dB kommen wird. Diese Erhöhungen liegen jedoch im gesetzlich vorgegebenen Rahmen.

Auf die Frage von Herrn Kocher hebt RM Quebbemann nochmals hervor, dass es wichtig ist, dass die Politik bei der Entscheidung über Grundstücksverkäufe auf jeden einzelnen Betrieb schaut.

Vorsitzender Pahlmann erklärt abschließend, dass in der Einwohnerfragestunde zunächst die Bürger die Möglichkeit erhalten dort Fragen zu stellen und der Tagesordnungspunkt nicht in eine neue Diskussion der Politiker abgeleitet. Er schlägt vor, zukünftig die Fragen erst zu sammeln und dann darauf zu antworten.

## **TOP 8      Informationen**

Es liegen keine Informationen vor.

## **TOP 9      Anfragen und Anregungen**

RM Sieksmeyer regt im Zusammenhang mit der Diskussion um den Ausbau der B 218 an, dass aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die Mehrkosten von 1,7 Millionen gegenüber der Variante 5 in Bezug auf die Variante 3 gegen gerechnet und in Relation zu den Unterhaltungskosten gesetzt werden sollten. Zum Zweiten sollte seitens der Verwaltung die Frage der Unfallstatistik dahingehend geklärt werden, ob der Abschnitt zwischen Hesepe und Ueffeln unfallträchtiger ist als der bereits breiter ausgebaute Abschnitt zwischen Ueffeln und Merzen. RM Sieksmeyer bittet die Verwaltung, sich um die Klärung diese beiden Fragen bis zur übernächsten VA-Sitzung zu bemühen. Es sollten bis dahin keine Aussagen bezüglich einer Bevorzugung von Varianten gemacht werden.

LSBD Greife nimmt die Anregung auf und wird die Straßenbauverwaltung darum bitten, die Informationen hierzu zur Verfügung zu stellen.

Höltermann  
Bürgermeisterin

Heiner Pahlmann  
Vorsitzende

Johannes Fünzig  
Protokollführer